

Jürgen Jordan

Börnestraße 2, 90475 Nürnberg, Tel. 0911 8325540, Mobil 0173 9310606 E-Mail jordanjuergen@arcor.de

Jürgen Jordan, Börnestraße 2, 90475 Nürnberg

NN-Forchheim
Redaktionsleitung
Frau Behre-Maisch

per E-Mail an redaktion-forchheim@pressnetz.de

17.02.2019

Leserbrief zum Artikel „Strabs-Aus wird jeder Bürger im Geldbeutel spüren“ vom 8.2.19

Sehr geehrte Frau Behre-Maisch,

ich bitte um Veröffentlichung folgenden Leserbriefes:

Wer vertritt in Ebermannstadt die Bürger?

Immer mehr Bürger und Bürgerinnen schließen sich in Bürgerinitiativen zusammen, weil sie bei ihren Kommunalpolitikern kein Gehör mehr finden. Wie die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung STRABS gezeigt hat, war der massive Druck der Bevölkerung notwendig, um vielen Betroffenen die Angst vor Existenzverlust zu nehmen. Mit großer Mehrheit hat der Bayerische Landtag dem nun einen Riegel vorgeschoben.

Es ist geradezu grotesk, wenn die Bürgermeisterin von Ebermannstadt das als ein „Ende mit Schrecken“ bezeichnet. Scheinbar glaubt sie, dass ihr Haushalt nur mit dem Abkassieren von Grund- und Hausbesitzern zu retten ist. Ein „Schrecken ohne Ende“ für die Betroffenen wäre ihr wohl lieber gewesen! Einerseits sind die entgangenen Strabs-Beiträge im Verhältnis zum Gesamthaushalt unbedeutend und andererseits erhält auch Ebermannstadt aus dem Kommunalen Finanzausgleich 2019 Mittel in Rekordhöhe, die sich 2020 nochmal deutlich erhöhen werden. Darüber hinaus hat der Landtag beschlossen, den Kommunen die Einnahmehausfälle in angemessener Höhe zu ersetzen.

Natürlich ist es einfacher, den Bürgern in die Tasche zu greifen, anstatt mit Kreativität – wie es der mehrfach ausgezeichnete Rednitzhembacher Bürgermeister vormacht – der Aufgabe der Daseinsvorsorge nachzukommen oder anderweitige Einsparungen zu beschließen. Eigentümer der Straßen sind doch zweifelsfrei die Kommunen. Und weil Eigentum verpflichtet, haben sie damit auch die Pflicht, Erneuerung und Unterhalt der Straßen zu tragen. Klar geht das zu Lasten der Allgemeinheit. Straßen stehen ja auch der Allgemeinheit zur Verfügung. Genauso wie Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser

etc. Oder kann sich jemand vorstellen, dass diese Einrichtungen nur von denen bezahlt werden, die diese Einrichtung in Anspruch nehmen?

Der Kämmerer beklagt, dass die "Finanz-Spritze" des Freistaats nur € 37.800 beträgt. Damit führt er aber die Öffentlichkeit in die Irre. Denn das steht nicht im Zusammenhang mit den staatlichen Hilfen für die Strabs-Ausfälle, sondern hier geht es um reguläre Zuschüsse des Staates zum Straßenunterhalt. Dass allen voran der Bayerische Gemeindetag mit seinem Präsidenten Brandl zum Jammern animiert, ist deshalb heuchlerisch, da er als Bürgermeister von Abensberg die Strabs stets abgelehnt hat. Das nennt man Doppelmoral!

Was die Bürgermeisterin den Betroffenen mit jahrzehnte rückwirkenden Beitragsbescheiden angetan hat, verdrängt sie. Ihre Prachtallee „Hauptstraße“ hat sie sich hauptsächlich von wenigen bezahlen lassen.

Angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen, ist der Bürgermeisterin und dem Stadtrat in Ebermannstadt dringend zu empfehlen, sich auf die Belange der Bürger zu konzentrieren, anstatt der Verwaltung das Wort zu reden. Die politischen Ränder wären sonst die Nutznießer der Androhung, dass in Ebermannstadt das „Strabs-Aus jeder Bürger im Geldbeutel spüren wird“! Das kann keiner wollen!

Jürgen Jordan

Sprecher der „Allianz gegen Straßenausbaubeitrag“.